

THEMEN AUS DER LETZTEN LANDTAGSSITZUNG:

- Aktuelle Stunde: Die Herzkammer unserer Demokratie ist das Parlament!
- Übergewinnsteuer: Die finanziellen Lasten der Krise solidarisch und gerecht verteilen!
- Mieterschutz: In Schleswig-Holstein ist kein Platz für Spekulanten und Abzocker!
- Straßenausbaubeiträge: Jamaika hinterlässt den Menschen im Land einen unmöglichen Zustand!
- Kinderpornografie: Die Beamtinnen und Beamten verdienen maximale Rückendeckung!

Aktuelle Stunde:

Die Herzkammer unserer Demokratie ist das Parlament!

Im Parlament haben wir Daniel Günther gratuliert. Die CDU hat die Landtagswahl mit einem beeindruckenden Ergebnis gewonnen. Allerdings hätten wir erwartet, dass er die Pläne seiner Regierung im Parlament erklärt. Die Menschen im Land hätten es verdient, die Politik, die sie zu erwarten haben, nicht nur bei PR-Terminen präsentiert zu bekommen. Das gilt umso mehr, weil der schwarz-grüne Koalitionsvertrag und die Aufstellung der neuen Regierung viele Frage aufwerfen. Deshalb haben wir gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen von FDP und SSW eine Aktuelle Stunde beantragt (Drs. 20/40). Dazu erklärte der Oppositionsführer und Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Losse-Müller, in seiner ersten Rede im Parlament:

„Vor uns liegen große Herausforderungen. Viele Gewissheiten der letzten 30 Jahre zählen nicht mehr. Wir müssen die Digitalisierung gestalten, Artenvielfalt erhalten, den demographischen Wandel managen, unsere Wirtschaft modernisieren und unsere Klimaziele umsetzen. Und in all diesen Veränderungen müssen wir sozialen Zusammenhalt sichern.

Allerdings lassen weder der Koalitionsvertrag noch die Aufstellung der neuen Regierung erkennen, dass sie auf diese Aufgaben wirklich vorbereitet sind. Die industrielle Transformation ist eine große Chance für unser Land - darin sind wir uns alle einig -, aber sie ist auch eine große Managementaufgabe. Mir wäre sehr viel wohler, wenn unser neuer Wirtschaftsminister wenigstens schon mal eine Bundesgartenschau erfolgreich organisiert hätte. Der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft, das LNG Terminal in Brunsbüttel, der Weiterbau der A20 und die Mobilitätswende können nicht einfach abgesagt werden. Und das eh schon hohle Bekenntnis der Koalition zur Stärkung der Tarifbindung liest sich noch hohler, wenn Herr Madsen, als zuständiger Minister, Tarifverträge in seinen eigenen Betrieben ablehnt.



Wir haben im Koalitionsvertrag aufmerksam nach Antworten auf die Fragen dieser Zeit gesucht. Wir haben 144 Prüfaufträge gezählt. Darin könnte ja ein Versprechen liegen, wenn es um neue Ideen und Zukunftskonzepte ginge: Prüfaufträge für Digitale Souveränität, Investitionsgesellschaften für die nötigen Klimainvestitionen, Reform der Wohnraumförderung... Aber diese Prüfaufträge sind im Wesentlichen Schiebeverfügungen für

altbekannte Zielkonflikte, weil Konservative und Grüne sich nicht einig sind. Viele Ziele und wenige Lösungen – das ist offensichtlich Methode.

„Schwarz-Grün hat zwei Drittel der Sitze im neu gewählten Parlament. Aber die Breite ihrer Fraktionsbänke überdeckt, dass sie lange nicht alle Menschen in diesem Land im Blick haben!“

Das drängendste Problem sind aktuell die steigenden Preise. Inflation hat sehr unterschiedliche Auswirkungen – je nach sozialer Lage. Deshalb ist sie sozialer Sprengstoff. In dieser Krise wird es darauf ankommen, dass wir Gesellschaft zusammenhalten. Dass wir alles tun, um Familien und alle anderen, bei denen am Ende des Monats immer weniger Geld übrig ist, unterstützen. Auch das Land kann etwas tun. Wir haben dazu im Wahlkampf konkrete Vorschläge gemacht: Gebührenfreie Kita, Mietpreisbremse und Kappungsgrenzenverordnung, Laptops vom Land, Priorität für bezahlbares Wohnen. An all diesen Stellen – da, wo die Landesregierung konkret handlungsfähig wäre, um Menschen zu entlasten – bleibt sie Antworten schuldig. Schwarz-grün zeigt immer nur auf den Bund oder die Kommunen. Die einzige konkrete Entlastung für Familien beim Grunderwerb ist ein Bürokratiemonster und wird jetzt schon von den gestiegenen Bauzinsen aufgeessen.

Schwarz-Grün hat zwei Drittel der Sitze im neu gewählten Parlament. Aber die Breite ihrer Fraktionsbänke überdeckt, dass sie lange nicht alle Menschen in diesem Land im Blick haben. Wir werden als SPD-Fraktion die Stimme der Menschen sein, die sie nicht vertreten. Wir wollen, dass alle Menschen von den großen Zukunftschancen, die sich uns bieten, profitieren und dass wir allen Menschen ermöglichen, den Weg in eine sichere, nachhaltige Zukunft zu gehen!“

Übergewinnsteuer:

Die finanziellen Lasten der Krise solidarisch und gerecht verteilen!

Während die aktuelle Krise einen Teil der Bevölkerung gerade hart trifft, gibt es auch Krisengewinner. Nicht weil sie unternehmerisch besonders schlaue gehandelt hätten, eine höhere Leistung angeboten hätten, sondern allein der Krise geschuldet. Wir reden nicht über ein Paar Euro mehr, sondern über ein Milliardengeschäft. Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren die Unternehmen gestützt, das war auch richtig so, aber wenn es in diesen schwierigen Zeiten absolute Riesengewinner gibt, müssen sich diese auch besonders an der Bewältigung der Krise beteiligen. Daher hat die SPD-Fraktion die Landesregierung in einem Antrag (Drs. 20/19) aufgefordert, sich der Bundesratsinitiative aus Bremen, MV und Thüringen anzuschließen und eine Übergewinnsteuer auf Bundesebene zu unterstützen. Dazu erklärt die Abgeordnete der SPD-Fraktion und SPD-Landesvorsitzende, Serpil Midyatli:

„Eine Übergewinnsteuer kann die finanziellen Lasten in einer Krise gerechter verteilen. Es geht darum Unternehmen, die überdurchschnittliche Profite machen, zum Beispiel indem sie mit ihrer Marktmacht kriegs- oder krisenbedingte Knappheit ausnutzen, stärker zur Finanzierung des Gemeinwohls heranzuziehen.“



Wenn etwa Mineralölkonglomerate versuchen, an der Zapfsäule die Entlastung von Autofahrerinnen und Autofahrern

zusätzlich noch in die eigene Tasche zu wirtschaften, müssen wir dem einen Riegel vorschieben. Die Übergewinnsteuer kann dafür ein geeigneter Hebel sein. Italien und Großbritannien haben sie bereits eingeführt. Auch die EU-Kommission hat eine solche einmalige Abgabe vorgeschlagen.

„Wenn etwa Mineralölkonzerne versuchen, an der Zapfsäule die Entlastung von Autofahrerinnen und Autofahrern zusätzlich noch in die eigene Tasche zu wirtschaften, müssen wir dem einen Riegel vorschieben!“

Mit den Einnahmen aus einer Übergewinnsteuer könnten weitere notwendige Entlastungspakete finanziert werden, damit alle Bürgerinnen und Bürger in diesem Land die gestiegenen Lebenshaltungskosten stemmen können!“

Mieterschutz:

In Schleswig-Holstein ist kein Platz für Spekulanten und Abzocker!

Um Mieterinnen und Mieter besser zu schützen, hat die SPD ein Wohnraumschutzgesetz in den Landtag eingebracht (Drs. 20/26). Für die SPD-Fraktion nahm dazu der Vorsitzende, Thomas Losse-Müller, im Parlament an der Aussprache teil:

„Uns allen sind die Hölk Hochhäuser in Bad Oldesloe ein Begriff. Dort leben Menschen in Wohnungen, in denen seit vier Monaten die Toilette nicht mehr geht. Man stelle sich vor, dass immer wieder das aufsteigende braune Wasser aus der Kloschüssel mit einer Suppenkelle in einen Eimer geschöpft werden muss. Bei ihrer Nachbarin zwei Türen weiter hat es gebrannt. Aber der Vermieter sagt, das geht schon, es braucht keine Sanierung. Der Nachbar auf der anderen Seite macht sich Sorgen wegen feuchter Wänden und Schimmel. Er fürchtet, dass seine Kinder davon krank werden. Im Keller läuft das Wasser die Wände hinab. Das ist keine Horror-Geschichte. Das ist die Lebensrealität in den Hölk-Hochhäusern. Und nicht nur da.

Wenn die Probleme überhaupt bekannt werden, weil sich mal jemand kümmert, steht die Kommunalpolitik diesen Zuständen machtlos gegenüber. Es gibt kein Mittel, um die Eigentümer zum Handeln zu verpflichten. Das Problem sind skrupellose Eigentümer, die Gesundheit und Lebensglück ihrer Mieterinnen und Mieter gefährden, um möglichst viel Geld zu verdienen. Um das klar zu sagen: Es sind wenige Vermieter! Es gibt sie aber! Zu oft! Ihr Geschäftsmodell ist, den letzten Cent aus einem Gebäude zu pressen, indem nur das Nötigste getan wird. Dabei werden Mieter*innen wahlweise ignoriert oder eingeschüchtert. Wer sich beschwert, wird besonders schlecht behandelt. Diesen Vermietern geht es um maximalen Profit. Der Profit kommt häufig direkt vom Staat, weil die Mieterinnen und Mieter Grundsicherung beziehen. Das ist Teil des problematischen Systems. Wir erleben ein Verantwortungsvakuum, das immer wieder ausgenutzt wird und dem die Mieterinnen und Mieter hilflos gegenüber stehen.



„Wohnungen sind eben nicht nur ein Vermögenswert, der in Bilanzen hin und hergeschoben wird. Wohnungen sind das Zuhause von Menschen!“

Wohnungen sind eben nicht nur ein Vermögenswert, der in Bilanzen hin und hergeschoben wird. Wohnungen sind das Zuhause von Menschen. In diesen Wohnungen wachsen Kinder auf. In ihnen wird Weihnachten oder das Zuckerfest gefeiert. Es gibt erste und letzte Geburtstage. Wohnungen sind der Mittelpunkt des Lebens von Familien. Sie verdienen deshalb unseren besonderen Schutz. Dafür brauchen wir ein Wohnraumschutzgesetz.

Unser Gesetz leistet zwei Dinge. Erstens gibt es Kommunen mehr Handlungsmöglichkeiten. Die Eigentümer von Schrottimmobilien können dadurch zu Sanierungen verpflichtet werden. Wenn sie der Aufforderung nicht nachkommen, gibt es erhebliche Bußgelder. Das zerstört dieses miese Geschäftsmodell. Zweitens gehen wir in dem Gesetz das Problem der Zweckentfremdung an. In vielen Gemeinden finden Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner aufgrund der Vielzahl von Ferienwohnungen kein Zuhause mehr. Durch unser Gesetz können Kommunen die Anzahl der Ferienwohnungen erfassen und die Nutzung von Dauerwohnraum als Ferienwohnungen verbieten.“

Straßenausbaubeiträge:

Jamaika hinterlässt den Menschen im Land einen unmöglichen Zustand!

Im Koalitionsvertrag ist keine Aussage über Straßenausbaubeiträge zu finden. Demnach verbleibt es bei der bestehenden Regelung, dass die Kommunen selbst über die Erhebung von Ausbaubeiträgen entscheiden können, sofern sie dafür den finanziellen Spielraum haben. Das haben SPD, FDP und SSW für einen gemeinsamen Antrag (Drs. 20/21) genutzt, um die Straßenausbaubeiträge endgültig abzuschaffen. Dazu erklärt die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Beate Raudies:

„Die bestehende Regel ist für finanzschwächere Gemeinden keine Option, da ihnen die finanzielle Leistungsfähigkeit zur Kompensation der wegfallenden Beiträge fehlt.

Das Problem wird jetzt also den Kommunen zugeschoben, die durch eigene Beiträge die Finanzierungslücken füllen sollen, die eigentlich vom Land auszugleichen wären. Jamaika hat in fünf Jahren nicht geschafft – trotz einer sich positiv entwickelnden Haushaltsslage – eines der zentralen Wahlversprechen vor allem von der CDU umzusetzen.



„Jamaika hat in fünf Jahren nicht geschafft – trotz einer sich positiv entwickelnden Haushaltsslage – eines der zentralen Wahlversprechen vor allem von der CDU umzusetzen!“

Jetzt sollen die Kommunen dafür zahlen. Das ist hochgradig unseriös! Es ist zudem ein Schlag ins Gesicht der ehrenamtlichen Mandatsträger*innen, die vor Ort jetzt unter Druck geraten, die Betroffenen durch solche „freiwilligen“ Beiträge der Gemeinde finanziell entlasten zu müssen.“

Kinderpornografie:

Die Beamtinnen und Beamten verdienen maximale Rückendeckung!

Viele Beschäftigte des Landes gehen hoch anspruchsvollen, oft auch belastenden Tätigkeiten nach. Aber es ist wohl kaum eine Aufgabe vorstellbar, die dauerhaft eine so große Herausforderung an die psychische Gesundheit der Beschäftigten stellt, wie die Auswertung von Missbrauchsabbildungen. Die sogenannte Kinderpornografie. Tag für Tag Videos und Bilder durchzusehen, bei denen schon die vergleichsweise nüchterne Kategorisierung ausreicht, dass sich einem der Magen umdreht, ist hart an der Grenze dessen, was man Ermittlerinnen und Ermittlern zumuten kann. Und gleichzeitig eine unverzichtbare Aufgabe, denn hinter jeder dieser Abbildungen steckt das Schicksal eines kleinen Menschen. Die Beamtinnen und Beamten, die diesen Job machen, verdienen unsere Anerkennung. Vor allem aber verdienen sie die maximale politische Rückendeckung. Das ist unsere Aufgabe und deshalb hat die SPD einen entsprechenden Antrag in den Landtag eingebracht (Drs. 20/45), der sie bei ihrer Tätigkeit unterstützt. Dazu erklärter der polizeipolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Niclas Dürbrook, bei seiner ersten Rede im Landtag:

„Zur Wahrheit gehört: Bereits 2020 gab es deutliche Warnungen aus der Landespolizei, dass die personellen Kapazitäten nicht ausreichen. Die Zahl der Ermittlungsverfahren zum Thema Kinderpornografie war sprunghaft gestiegen. 2017 gab es 247 Fälle, 2019 bereits 456. Und im vergangenen Jahr 2021 waren es laut GdP bereits 1151. Eine enorme Steigerung. Die Gründe dafür sind vielfältig. Das hat mit einzelnen umfassenden Ermittlungskomplexen zu tun, auch mit dem Wegfall der Filterung durch die Generalstaatsanwaltschaft in Hessen. Aber keiner der Gründe ändert etwas daran, dass die reale Arbeitsbelastung drastisch zugenommen hat.

*„Unsere Forderung ist klar:
Die neue Realität der
Fallzahlen muss sich auch
bei den Stellen
widerspiegeln!“*



Unsere Forderung ist klar: Die neue Realität der Fallzahlen muss sich auch bei den Stellen widerspiegeln. Und damit es nicht noch einmal passiert, dass der Stellenbedarf und die Realität derart auseinandergehen, wollen wir dazu einen jährlichen Bericht der Landesregierung. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Und nicht zuletzt unsere Aufgabe als Parlament.

- Genug Stellen
- Technik auf der Höhe der Zeit
- Individuelle Angebote für gesundheitliche Vor- und Nachsorge, inklusive obligatorischer Supervision, die beim BKA bereits Standard ist
- Schnelle Unterstützung durch Quereinsteiger*innen
- Und ja: Eben auch der Dienstwagen, den man sich für die Durchsuchung nicht erst in einer anderen Abteilung borgen muss

Das ist das Mindeste für die Beamtinnen und Beamten, die jeden Tag einem hochanspruchsvollen und belastenden Job nachgehen!“

Impressum

SPD **FRAKTION SCHLESWIG- HOLSTEIN**

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion Schleswig-Holstein
Pressesprecher: Heimo Zwischenberger
Layout: Marie Strake

Postfach 7121, 24171 Kiel